LZ-Rheinland

Artikel vom 11.05.2022 · Ausgedruckt am 11.11.2026, 17:55 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/pflanzenschutzberatung-anders-ausrichten

Pflanzenschutzberatung anders ausrichten



Foto: imago/Martin Wagner

Nicht zuletzt wegen des fortschreitenden Verlusts an chemischen Wirkstoffen sieht eine Allianz führender Verbände der Agrarbranche zunehmenden politischen Handlungsbedarf zur Sicherung eines funktionsfähigen Pflanzenschutzes in Deutschland. Das Bündnis, dem unter anderem der Deutsche Bauernverband, die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft, der Deutsche Raiffeisenverband sowie der Industrieverband Agrar angehören, spricht sich in einer gemeinsamen Erklärung dafür aus, die Pflanzenschutzberatung in Deutschland neu auszurichten. Dazu müssen der amtliche Dienst und andere Beratungseinrichtungen in die Lage versetzt werden, neu entwickelte Pflanzenschutzstrategien zu vermitteln. Die Verbände plädieren hierbei für einen ganzheitlichen Beratungsansatz, der Ökonomie und Ökologie im Blick hat und auf die Grundsätze des integrierten Pflanzenschutzes setzt. Für die Umsetzung sei der Ausbau eines unabhängigen Versuchswesens und Monitorings von Pflanzenkrankheiten sowie Pflanzenschädlingen notwendig. Die Beratungsinstitutionen in Deutschland müssten auf den absehbar hohen Beratungsbedarf reagieren. Das Papier, das am Dienstag vergangener Woche vorgestellt wurde, ist das Ergebnis eines vom Industrieverband Agrar initiierten Verbändedialogs im November 2021, bei dem die künftige Ausrichtung der Pflanzenbauberatung im Fokus stand. Es sei notwendig, in den nächsten Jahren alternative Pflanzenschutzstrategien zu entwickeln und für Landwirte, Gärtner, Hopfenanbauer und Winzer bereitzustellen. Sie rufen deshalb die Politik auf,

Behörden und Beratungseinrichtungen in die Lage zu versetzen, entsprechende Strategien für die praktische Arbeit zu vermitteln. Diese Strategien und Lösungen werden sich nach Überzeugung der beteiligten Verbände zwangsläufig von den bisherigen Lösungen unterscheiden. Die Beratungsinstitutionen müssten daher auf diesen hohen Beratungsbedarf reagieren und sich darauf einstellen.